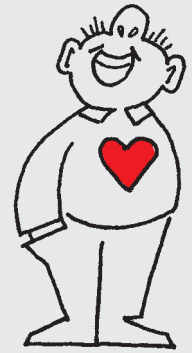


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze 7, 8 / 2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

»Es geht nicht nur um des Kaisers Bart«



Um des Kaisers Bart zu streiten, bedeutet eigentlich nur herauszufinden, wer Recht hat, egal ob das Ergebnis dann auch einen praktischen Wert besitzt.

In kommunalpolitischen Verfahren scheint dies oft der einzige Sinn zu sein. Die Verfahren dauern oft Jahre und die öffentlichen Verwaltungen nutzen die Möglichkeit mit dem Steuergeld der Bürger sich durch alle Instanzen zu klagen.

Wie bekannt, hat unsere Fraktion vor nunmehr vier Jahren ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Stadtwerke gestartet. Die Stadtverordnetenversammlung hatte nach dem Verkauf an die GASAG das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Wir haben deshalb vor dem Verwaltungsgericht in Cottbus geklagt. Im Dezember 2011 wurde in einem Teilverfahren entschieden, dass der Beschluss gegen das Bürgerbegehren unwirksam ist, weil der Ausschluss von zwei Mitgliedern unserer Fraktion wegen Befangenheit nicht rechtmäßig war. Prozessbeteiligte waren danach der Bürgermeister und die Stadtverordnetenversammlung. Die SVV ist bis heute durch den Bürgermeister über den Stand des Verfahrens nicht informiert worden. Nur durch unsere Nachfrage in der letzten Sitzung wurde durch den Vorsitzenden Tischer (CDU) erklärt, dass unsere Feststellungen zum Verfahrensstand richtig sind und er in der Verwaltung an einer Beratung teilgenommen

hat. Ein Ergebnis wurde nicht bekannt gegeben. Nach Informationen unseres Anwalts soll die Stadtverwaltung wohl Antrag auf Zulassung der Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht gestellt haben. Wie das ohne Beschluss der Stadtverordnetenversammlung möglich ist, bleibt Geheimnis des Rathauses.

Der zweite Teil der Klage wird noch immer verhandelt. Hier geht es darum, ob der Bürgermeister direkt nach dem Beschluss der SVV zum Verkauf der Stadtwerke diesen durch Vertragsunterzeichnung vollziehen durfte oder die rechtliche Frist von sechs Wochen für die Durchführung eines Bürgerbegehrens abwarten muss. Sollte das Gericht dem Rathaus Recht geben, hätte dies erhebliche Auswirkungen für zukünftige Verfahren.

Die SVV hat in der Junisitzung die Erstellung einer Ausschreibung zum Anteilsverkauf des Krankenhauses beschlossen. Dies ist der gleiche Ablauf wie beim Verkauf der Stadtwerke. Wenn das Gericht gegen uns urteilt oder bis Herbst keine Entscheidung fällt, bliebe nur die Möglichkeit eines dem Beschluss vorausseilenden Bürgerbegehrens. Ziel müsste es dann sein, einen Anteilsverkauf an private Firmen

schon vorab zu untersagen. Wir wollen unser Krankenhaus für die Zukunft sichern und stärken, dies kann mit einem kommunalen Partner auch funktionieren, aber nur dann, wenn kein privates Unternehmen ein besseres wirtschaftliches Angebot abgibt. Was dies ist, muss durch die inhaltliche Definition in der Ausschreibung bestimmt werden. Geld allein kann es sicher nicht sein. Leider wissen wir aber aus Erfahrung, dass genau dies in der Rathausführung anders gesehen werden könnte. Unsere Stadtwerke existieren als kommunales Unternehmen nur noch dem Namen nach.

Wohin Privatisierung von Krankenhäusern führen kann, zeigte sich in Schwedt, als die Kinderabteilung des dortigen Hauses zeitweilig geschlossen werden musste, oder auch in Beelitz, wo das gesamte Krankenhaus in wirtschaftliche Existenznöte geraten ist.

Das Urteil zum Bürgerbegehren über den Verkauf der Stadtwerke hat Einfluss auf unsere aktuelle Politik, am Verkauf der Stadtwerke lässt sich aber nun leider nichts mehr ändern.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Eine Region wächst zusammen?!

Am Wochenende des traditionellen Rosengartenfestes in Forst hat die Region gezeigt, wie schlecht man zusammenarbeitet. Gleich drei Höhepunkte fanden statt, das Stadtfest in Cottbus, der Besuch der Folklorelawine im Landkreis und das jährlich stattfindende Rosengartenfest in Forst.

Werden wir in Zukunft weiter so zusammenarbeiten?

Es ist endlich an der Zeit, sich an einen Tisch zu setzen und gemeinsam zu planen und nicht einen Wettbewerb von kulturellen Höhepunkten und die damit verbundene Abwerbung von möglichen Besuchern zu führen.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Spruchwort des Monats

*Ehre und Profit
haben nicht
im gleichen Sack Platz.*

Schorschels Stadtgeflüster

»Ein Sumpf zieht sich am Marktplatz hin, verpestet alles schon Errungene«.

Goethes »Faust«? – denkste – Goldschmidts Forst im Jahre 2018 mit dem Dorfteich in der Mitte. Welch ein idyllisches Bild. Links und rechts die Apfel- und Kirschbäume, unter denen Gänse-Heike das städtische Federvieh hütet, während Pech-Angelika von Forster Plinsen träumt, statt für Frau Holle-Engelmann die Äpfel runterzuschütteln. Wo Ziegen-Zubi seine Böcke melkt statt schießt und auch noch selbst die Milch verkauft als Spende für den Noßdorfer Schulverein, dem er inzwischen beigetreten ist. Unzählige Galeeren, vom Mühlgraben kommend, spülen Hunderte Touristen ans Land, und die 1. Forster Seerosenkönigin verteilt selbst gebackenen Apfelkuchen, während die schüchternen und wortkarge A. Schild-Bürger den Gästen mit

70 000 Worten von den Streichen der neunmalklugen Stadtverwaltung erzählt, die ihr eigenes Stadtzentrum abgeschafft hat.

Im Hintergrund am nördlichen Ufer des versumpften Rosenweiher erhebt sich eine von den Bürgern gestiftete Gedenksäule, die an drei für die Entwicklung von Forst so unsäglich traurige Ereignisse erinnern soll: Erstens an den Brand von 1748 und die dadurch fast völlige Zerstörung der Stadt, zweitens an die Zerstörung der Stadt im II. WK durch den Artilleriebeschuss im Frühjahr 1945 und drittens an das wunden-schlagende INSEK nach der Jahrtausendwende! Weiß eigentlich jemand, wie viel Geld bisher für diesen Weit-und-breit-nur-Wiese-Wettbewerb im Mühlgraben versenkt wurde? Ist ja nur mal 'ne Frage, weil ich dabei so an die Kosten für die Reparatur der schönen alten Nordstadtschule denke. 300.000 Euro sind 'ne Menge Kohle, oder beteiligen sich die Mitschuldigen an dieser nicht kontrollierten Bauschlamperie an den Kosten!? Wenn ja, könnten wir fast alle beruhigt in Urlaub fahren. Bis dahin verbleibe ich als

Euer *Schorschel*

Rettungsdienst »vergeben«!

Der Kreistag hat in seiner Sitzung im Juni den Rettungsdienst ab 2013 für fünf Jahre mit einer Option auf weitere fünf Jahre vergeben.

Drei Anbieter hatten sich beworben. Die Mitglieder des Kreistages hatten trotz Arbeitsgruppen und Ausschüssen keinen Einblick in die Vergabeunterlagen. Bis zur Entscheidung wusste niemand von den »Entscheidern«, an wen der Rettungsdienst geht. Die Kreisverwaltung brauchte natürlich wieder externe Beratung von einem Anwaltsbüro aus Köln, weil Experten offensichtlich in Brandenburg und ganz Ostdeutschland nicht verfügbar waren. Die Vergabe erfolgte fast ausschließlich über den Preis, weil entschieden wurde, den mit 75 Prozent zu werten. Die Qualitätskriterien dagegen wurden nur mit 25 Prozent gewichtet. Der Rettungsdienst wird zukünftig von einer Tochtergesellschaft der Falck-Gruppe aus Hamm durchgeführt. Die Falck-Gruppe ist ein Privatunternehmen aus Dänemark und hat erst im September 2011 die Firma »Krankentransporte Herzog« übernommen, damit wurde die

Falck-Gruppe erstmals in Deutschland operativ tätig. Hier geht es also mit Kampfpreisen um Markteroberung. Damit erklärt sich auch, warum dieses Unternehmen ein Angebot abgeben konnte, das um mehr als 20 Prozent günstiger war als das der Konkurrenz. Bei den Qualitätskriterien dagegen wurde das Unternehmen am schlechtesten von allen Bewerbern bewertet.

Unsere Fraktion im Kreistag hat die Vergabe als einzige abgelehnt. Bei den anderen Fraktionen gab es teilweise heftiges Erschrecken, als der Bieter bekannt gegeben wurde, hatten doch die meisten mit einer Vergabe an das DRK gerechnet. Die Zeche werden die heutigen Mitarbeiter des Rettungsdienstes zahlen. Dass es auch anders geht, hat Cottbus bewiesen. Hier hat die Stadt die Verantwortung für den Rettungsdienst übernommen. Ein Angebot für einen gemeinsamen Rettungsdienst von Cottbus und Spree-Neiße hat die Landkreisspitze abgelehnt. Ein starkes Zeichen für die zukünftige Zusammenarbeit.

*Ingo Paeschke
Kreistagsmitglied*

Aktuelles von der Plagiatsaffäre

Seit Ende Juli 2011 untersucht die Technische Universität Berlin die Doktorarbeit des Forster Bürgermeisters auf Plagiat (auf Deutsch gesagt, es geht ums Abschreiben).

Nach nunmehr zehn Monaten gibt es immer noch keine Entscheidung. Ein Mitglied unserer Fraktion hat deshalb informationshalber an der Universität nachgefragt. Die Pressestelle teilte uns mit, dass es für die Universität im Moment keine Möglichkeit gibt, das Verfahren abzuschließen, weil sich Herr Goldschmidt in einer rechtlichen Aus-

einandersetzung mit mindestens einem Mitarbeiter der Universität befindet. Damit bleibt die ganze Sache weiter in der Schwebe. Im Vorfeld der letzten Sitzung der SVV wurde der Bürgermeister gebeten, sich zum Verfahrensstand zu äußern. Er hat es nicht getan. Wer von sich behauptet, nicht betrogen zu haben, sollte doch auch öffentlich dazu stehen können. Vielleicht aber ist der Schwebezustand das Beste, was er bekommen kann. Auch so kann man das reguläre Ende der Amtszeit 2015 erreichen.

Fraktion DIE LINKE in der SVV

EINLADUNG zum Besuch des Deutschen Bundestages

Zwei-Tagesfahrt

Liebe Leserinnen, liebe Leser, Sie sind hiermit zum Besuch des Deutschen Bundestages herzlich eingeladen.

Termin: 28./29.11.2012

Das Programm beinhaltet, neben dem Besuch des Bundestages (Plenarsaal, Kuppel, Gespräch mit MdB), den Besuch von Einrichtungen der Bundesregierung, Ministerien, Gedenkstätten und Museen.

Abfahrt 28.11.2012

ab Hauptbahnhof Cottbus: 09:16 Uhr
Treffpunkt 09:00 Uhr an der Anzeigetafel

Rückfahrt 29.11.2012

ab Berlin Hbf: 18:03 Uhr

Die Fahrt erfolgt als Gruppenreise. Fahrkarten erhalten sie am Treffpunkt. Für die Fahrkosten und die Unterkunft kommt das Bundespräsidialamt auf.

Die Kosten für die Fahrt nach Cottbus und zurück nach Forst sowie für eventuelle Eintrittspreise müssen Sie selbst tragen.

Anmelden können Sie sich, unter Angabe von Namen, Geburtsdatum, Anschrift und Telefonnummer, in unserer Geschäftsstelle.



Seit Anfang des Jahres gibt es im Land Brandenburg ein neues Vergabegesetz. Dieses Vergabegesetz regelt die Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand.

Es stellt Mindestanforderungen für die Vergabe von Aufträgen ab einem geschätzten Wert von mehr als 3.000 Euro ohne Umsatzsteuer auf, die Liefer-, Bau- oder Dienstleistungen zum Gegenstand haben.

Für Auftragswerte bis 10.000 Euro ohne Umsatzsteuer und Bauleistungen bis 50.000 Euro ohne Umsatzsteuer findet das Gesetz nur Anwendung, wenn es für die zu erbringende Leistung einen gültigen Mindestlohn auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom April 2009 gibt. Dieser muss die Höhe des geforderten Mindestlohnes erreichen oder übersteigen. Ansonsten findet dieses Gesetz auch hier Anwendung.

Es gibt ein neues Landesgesetz!

Das Gesetz ist auch entsprechend anzuwenden für Unternehmen, die mit der Wahrnehmung oder Durchführung einer öffentlichen Aufgabe betraut sind und für das Sondervermögen einer Kommune.

Das Besondere an dem neuen Vergabegesetz ist der festgeschriebene Mindestlohn in Höhe von 8 Euro/Stunde für die eingesetzten Beschäftigten.

Gleiches ist den Beschäftigten von Subunternehmen bzw. den eingesetzten Leiharbeitern zu zahlen.

Kommunen und Landkreise in Brandenburg haben also künftig bei einer Auftragsvergabe dieses Gesetz zu beachten und umzusetzen.

Bestehende Verträge zu Reinigungsleistungen, Wachdiensten, Straßenreinigungen, Winterdiensten, Instandsetzungen von Straßen usw. können also ohne Beachtung dieses Gesetzes nicht einfach wieder verlängert werden, sondern müs-

sen auf den Prüfstand. Wie kann aber eine Kontrolle stattfinden?

Den vorhandenen Rechnungsprüfungsämtern, die unabhängig von Verwaltung und im Auftrag des Kreistages bzw. der Stadtverordnetenversammlung arbeiten müssen und sollten, kommt hier eine Schlüsselrolle zu.

Das Einbeziehen der Rechnungsprüfungsämter schon während des Vergabeprozesses kann diese Kontrolle sichern. Wenn Unternehmen aber dieses Gesetz bewusst unterlaufen, bleibt nur der Rechtsweg.

Es ist ein erster Schritt in Richtung eines gesetzlich geforderten Mindestlohnes. Wir alle – Abgeordnete, Gewerkschafter, Betriebsräte, Beschäftigte und viele andere müssen und werden ebenfalls auf die Einhaltung des Gesetzes achten.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Katja Kipping und Bernd Riexinger, und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, erklären nach dem Göttinger Parteitag der LINKEN:

Der Göttinger Parteitag war eine Zäsur für DIE LINKE. Die Partei hat eine neue Führung gewählt und unter schwierigen äußeren und inneren Bedingungen den Zusammenhalt bewahrt. Die Gründung einer geeinten und gesamtdeutsch agierenden LINKEN war vor fünf Jahren die Konsequenz aus gemeinsamen Zielen und Kämpfen, aus Erfolgen, aber auch aus den Opfern, Niederlagen und Irrtümern der politischen Linken in den letzten Jahrzehnten. Es war in den letzten Monaten vor allem die Basis unserer Partei, die dieses Erbe bewahrt hat. Die Stärkung der gemeinsamen linken Partei ist Aufgabe aller, die in Bund, Ländern und Kommunen Verantwortung in der LINKEN und für DIE LINKE tragen. Der Göttinger Parteitag hat gezeigt, dass unser Schiff fest genug war, um schwere Stürme zu überstehen. Jetzt kommt es darauf an, Seetüchtigkeit für die kommenden politischen Auseinandersetzungen und die Zukunft Deutschlands und Europas zu gewinnen.

Wir sind uns darüber einig, dass es nunmehr eine zentrale Aufgabe ist, die politischen und organisatorischen Weichenstellungen für das kommende Wahljahr vorzunehmen. Die nächsten drei Monate entscheiden darüber, ob wir aus dem Signal des Zusammenhalts von Göttingen einen neuen Aufbruch für DIE LINKE machen können. Dazu brauchen wir eine Kultur des Zuhörens und der Debatte. Unsere Unterschiede machen uns dann stark, wenn wir voneinander lernen. Wir brauchen eine faire Vereinigung. Innerhalb der ersten

Ein neuer Aufbruch für DIE LINKE

120 Tage nach dem Göttinger Parteitag wollen wir eine breite Debatte in der Partei über den weiteren Kurs führen. Dazu laden wir alle Mitglieder der Partei ein. Wir werden die Gremien und Gliederungen der Partei in den Ländern einbeziehen und neue Wege ausprobieren, um die Basis in diese Debatte einzubeziehen. Die Diskussionen sollen zu einem Entwurf des Bundestagswahlprogramms sowie in eine gemeinsame Wahlstrategie münden, die wir den Spitzen der Partei, der Bundestagsfraktion sowie der Landesverbände und der Landtagsfraktionen vorlegen werden.

Vor der LINKEN liegt viel Arbeit und eine große Verantwortung. In Göttingen wurden Dissenspunkte benannt aber auch Konsens sichtbar. Bei der gemeinsamen Suche nach einem Kurs für DIE LINKE im Wahljahr 2013 und darüber hinaus vertrauen wir auf die Bereit-

schaft vieler in der Partei, zuzuhören, zu verstehen und fragend voranzuschreiten. Diese Republik braucht eine Partei, die wirtschaftliche, soziale und politische Missstände nicht nur benennt, sondern auch klare Alternativen zum Neoliberalismus formuliert. Wichtige Entscheidungen liegen an. Europa steht vor einer Richtungsentscheidung. Die entfesselten Finanzmärkte bedrohen Sozialstaat und Demokratie. Selbst der neue französische Präsident Hollande greift inzwischen Kernforderungen der LINKEN auf und will Direktkredite der EZB für die Euro-Staaten, ein europäisches Konjunkturprogramm, einen Kurswechsel in der Rentenpolitik und mehr soziale Sicherheit durchsetzen. Es lohnt sich, zu kämpfen. Ein Politikwechsel für Frieden und Demokratie, für gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit hängt auch von der Existenz einer starken LINKEN ab.

10.06.2012

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Sympathisantinnen und Sympathisanten,

*unsere nächsten Treff »Linksrum« findet am **Donnerstag, dem 26.07.2012, um 18:30 Uhr** in der Geschäftsstelle statt.*

Hier möchten wir in lockerer Runde mit Interessierten bei einem Glas Bier und einer Bockwurst einfach nur ein bisschen quatschen oder diskutieren. Dazu laden wir herzlich ein.

*Ein weiterer Treff wird dann am **Donnerstag, dem 30.08.2012, folgen.***

Achtung vormerken!

1. Am **31.07.2012** findet auf dem Grundstück vom Gen. Beier (Ziegelstr. 120) unser gemeinsames **Sommerfest** statt. Alle Mitglieder und alle Malxe-Blatt-Verteiler sind dazu schon mal recht herzlich eingeladen. Nähere Infos hierzu gibt es in einer noch folgenden Einladung.
2. Der nächste **Kreisparteitag** findet am **25.08.2012** statt. Über Ort und Zeit wird noch informiert.

Newsletter

Bundesregierung muss Stromkunden vor weiteren Preissteigerungen schützen

»Die Energiekosten der Verbraucherinnen und Verbraucher steigen immer stärker und Bundesverbraucherministerin Aigner taucht ab«, kritisiert Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heutigen Vorstellung des Jahresberichts der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. – Lay weiter:

»Die Bundesregierung gewährt der energieintensiven Industrie finanzielle Vorteile und Subventionen von rund neun Milliarden Euro pro Jahr. Davon bezahlen die privaten Haushalte rund 1,2 Milliarden Euro jährlich durch immer höhere Strompreise. Diese Subventionierung der Großindustrie durch Verbraucherinnen und Verbraucher muss aufhören.

Ministerin Aigner muss das Thema Strompreise endlich angehen und nicht weiter ihren Kabinettskollegen für Wirtschaft und Umwelt überlassen. Schließlich haben sich die Energiepreise in den letzten 10 Jahren um 40 Prozent erhöht. Das ist eine deutliche Belastung für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Unternehmensberatung McKinsey prophezeit eine weitere Kostensteigerung um 60 Prozent.

DIE LINKE fordert deshalb Stromsozialtarife und staatliche Unterstützung beim Kauf energieeffizienter Geräte für einkommensschwache Haushalte. Stromsperrungen für Privathaushalte müssen verboten werden. Zwingend ist auch die Wieder-Einführung einer staatlichen Preisaufsicht, um Strompreise wirksam zu regulieren und Preiswucher zu unterbinden.

21.06.2012

Letzte Ausfahrt Europäische Zentralbank

»Bundeskanzlerin Merkel ist mal wieder mit ihrem Krisenlatein am Ende. Das bedeutet, dass die Europäische Zentralbank wahrscheinlich erneut dazu genötigt wird, Beruhigungsbillionen zu spritzen. Da hilft auch kein Gezeter von Wolfgang Schäuble, zumal es so vielleicht gar für einen unverdienten Sommerurlaub ohne Sondergipfel reicht. Besser wäre es, wenn er in Berlin endlich dafür sorgte, dass die öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreit und die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden«, kommentiert Sahra Wagenknecht die ablehnende Haltung von Bundesfinanzminister Schäuble zu Forderungen nach neuen Anleihekäufen durch die EZB. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Einen vernünftigen Urlaub können sich durch die katastrophale Krisenpolitik der Bundesregierung sowieso immer weniger Menschen leisten. Die Arbeitslosigkeit befindet sich in vielen Ländern auf Rekordniveau. Die Eurozone ist durch die Bankenrettungs- und Kürzungspolitik in die Rezession getrieben worden, die Schulden steigen weiter und damit auch die Zinskosten für neue Kredite der öffentlichen Hand. Spanien und Italien stehen kurz davor, unter den sogenannten Rettungsschirm getrieben zu werden.

DIE LINKE fordert einen sofortigen Stopp der Kürzungspolitik und deshalb die Verhinderung des Fiskalpakts. Die Finanzierung der öffentlichen Haushalte muss in der Eurozone über eine öffentliche europäische Bank sichergestellt werden, die wiederum zinsgünstige Kredite bei der EZB erhält. Durch diese Maßnahme würde die Finanzierung der öffentlichen Haushalte von der Diktatur der Finanzmärkte befreit. Die Staatsschulden sind durch einen harten Schuldenschnitt und eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch zu senken. Die privaten Großbanken müssen vergesellschaftet und die gesamte Finanzbranche strengstens reguliert werden. Deutschland muss geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage ergreifen.« 22.06.2012

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 14.08.: 18.30 Uhr AG »Soziales«
- Di., 21.08.: 18.30 Uhr Ortsvorstandssitzung
- Di., 28.08.: 18.30 Uhr Sitzung Stadtfraktion
- Mo., 03.09.: 18.30 Uhr AG Malxeblatt

Pietätvoll

Das wahre Ausmaß der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern der EU werden wir wohl nicht erfahren. Denn zu einem zivilisierten Umgang unter Kulturnationen gehört es einfach, sich nicht gegenseitig zu erschrecken. DW

Aus »Eulenspiegel« Nr. 7/12



Rechtsberatung

am Sonnabend, dem 11.08., ab 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22.

Terminvereinbarung telefonisch oder persönlich jeweils Dienstag und Donnerstag von 14 bis 17 Uhr, ☎ (03562) 78 52.

Geburtstag

- 16.07.: 86 Jahre Georg Domin
- 24.07.: 95 Jahre Elfriede Bonkatz
- 27.07.: 71 Jahre Günter Schmotz
- 27.07.: 72 Jahre Wolfgang Spaarschuh
- 27.07.: 85 Jahre Jutta Schmidt
- 31.07.: 65 Jahre Reinhard Albinus
- 09.08.: 80 Jahre Edith Witzel
- 10.08.: 74 Jahre Gerhard Böcking
- 13.08.: 71 Jahre Brigitte Schröder
- 27.08.: 84 Jahre Rolaf Schahn
- 29.08.: 88 Jahre Hildegard Jentsch
- 29.08.: 83 Jahre Martin Noack
- 09.09.: 93 Jahre Dora Poschau

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.